

## **Stellungnahme des Landtags**

**durch den Ausschuss für Europa und Internationales**

**zu der Mitteilung des Ministeriums Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 28. Januar 2019  
– Drucksache 16/5597**

**Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten;  
hier: Ein sauberer Planet für alle – Eine europäische strategische, langfristige Vision für eine wohlhabende, moderne wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft**

### Stellungnahme

Der Landtag nimmt von der Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 28. Januar 2019 – Drucksache 16/5597 – Kenntnis.

13. 02. 2019

Der Berichterstatter:

Daniel Karrais

Der Vorsitzende:

Willi Stächele

### Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales beriet öffentlich die Mitteilung des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Drucksache 16/5597, in seiner 26. Sitzung am 13. Februar 2019. Der Ausschuss für Europa und Internationales war gemäß § 26 Absatz 4 Satz 3 der Geschäftsordnung des Landtags wegen der Eilbedürftigkeit bei diesem Vorhaben ermächtigt, für den Landtag abschließend Stellung zu nehmen.

Vorsitzender Willi Stächele machte darauf aufmerksam, die Mitteilung werde am 15. Februar 2019 im Bundesrat behandelt.

Abg. Manfred Kern GRÜNE trug vor, Ziel sei es, Europas Wirtschaft bis 2050 klimaneutral zu machen. Doch was sich im ersten Moment gut anhöre, habe mindestens zwei gravierende Mängel.

Zum einen solle das Ziel der Klimaneutralität nun erst im Jahr 2050 erreicht sein. In Deutschland werde von einem Kohleausstieg in den Dreißigerjahren und vom Ende des Verbrennungsmotors in naher Zukunft gesprochen. Frankreich, Großbritannien und die skandinavischen Länder hätten sich hier sogar zeitnahe Deadlines

gesetzt. Deutschland hänge diesen europäischen Entwicklungen weit hinterher. Klar sei, dass 2050 längst klimaneutral gewirtschaftet und gelebt werden müsse, wenn der menschengemachte Klimawandel signifikant abgeschwächt und der Anstieg des Meeresspiegels verhindert werden sollten. Die Ziele würden aber immer weiter hinausgeschoben – jetzt auf das Jahr 2050 –, weil echter Klimaschutz für viele nationale Regierungen lediglich ein Lippenbekenntnis sei. Seines Erachtens brauche es keine neuen Ziele, sondern konkrete Maßnahmen vor Ort.

Zum anderen schätze die Kommission, dass jedes Jahr bis zu 290 Milliarden € in Infrastruktur, Digitalisierung, Verkehr usw. investiert werden müssten, um die Klimaneutralität in der Wirtschaft herzustellen. Die Höhe des Betrags mache deutlich, dass die deutsche und europäische Klimapolitik immer noch in den Kinderschuhen stecke.

Erfreulich sei dagegen, dass das Land Baden-Württemberg voranschreite. Das neue Klimaschutzgesetz zeige auf, wie Baden-Württemberg den Klimaschutz gestalten wolle. In den nächsten elf Jahren solle der CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Land um 42 % reduziert werden. Nach seinem Dafürhalten sollte das für Baden-Württemberg machbar sein. Baden-Württemberg gehe voran, indem die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion beim Klimaschutz einnehme. Baden-Württemberg setze eine klimaneutrale Landesverwaltung um. Es schließe einen Klimaschutzpakt mit den kommunalen Verbänden. Überdies stärke Baden-Württemberg z. B. mit einem Landesförderprogramm auch die Grundsätze des nachhaltigen Bauens und weite die Nachhaltigkeitskriterien über den kommunalen Hochbau hinaus aus. Die Geltung dieser Kriterien solle grundsätzlich alle Förderprogramme des Landes für Bau und Sanierung von Nichtwohngebäuden betreffen.

Dieser Weg gelinge aber nur gemeinsam mit den Kommunen. Nahwärmekonzepte, energetische Sanierungen, Verkehrsreduzierung bzw. -vermeidung seien Aufgaben, die für die Kommunen unerlässlich seien. Gerade Planungen hinsichtlich der Gewinnung erneuerbarer Energien in den Kommunen würden künftig leichter.

Die Kommission setze das Ziel, die klimaneutrale Wirtschaft bis 2050 herzustellen. Baden-Württemberg wäre jedoch nicht Innovations-Europameister, wenn es dieses Ziel nicht schon um Jahre übertreffen würde.

Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD meinte, an der Formulierung „Ein sauberer Planet für alle“ lasse sich einmal mehr die Brüsseler Hybris erkennen. Offensichtlich werde die Größenordnung, die Europa im weltweiten Vergleich sowohl umweltpolitisch als auch wirtschaftspolitisch einnehme, verkannt.

Das setze sich in der Mitteilung fort, in der Maßnahmen gefordert würden, die in klassischer obrigkeitlicher Weise Ländern diktiert werden sollten, die zu einem erheblichen Teil gar nicht bereit seien, in dieser Weise mitzumarschieren und Entsprechendes umzusetzen.

Seines Erachtens werde der Gipfel der Peinlichkeit aber bereits in der Einleitung erreicht, in der Wetterereignisse des vergangenen Jahres herangezogen und dann zur Klimaprognose hochstilisiert würden. Es könne über die Klimaproblematik und über die Temperaturveränderungen der letzten Hunderte und Tausende von Jahren ernsthaft diskutiert werden, nicht aber auf diesem Niveau.

Die AfD-Fraktion lehne diese Vorlage, die mit pseudowissenschaftlichen Grundlagen dazu führe, die Freiheit der Bürger weiter zu untergraben und sie immer mehr zu belasten, ab.

Abg. Nicolas Fink SPD äußerte, es sei zu begrüßen, dass mit diesem Kommissionsvorschlag versucht werde, einen anderen Ansatz zu finden. Besonders wichtig sei, sich bewusst zu machen, dass es auch um soziale Gerechtigkeit und um die Frage gehe, wie dieser Übergang so gelinge, dass am Ende niemand abgehängt werde. Für die SPD-Fraktion sei von besonderer Bedeutung, dass darauf entsprechend Rücksicht genommen werde.

Ihn interessiere, was diese Mitteilung im Land konkret bewirke.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP legte dar, dass in dem Titel nicht nur ein sauberer Planet für alle – das sei durchaus wünschenswert –, sondern darüber hinaus auch eine wohlhabende, moderne, wettbewerbsfähige und klimaneutrale Wirtschaft angestrebt werde, klinge zunächst einmal gut. Allerdings sehe er darin auch ein Konfliktdreieck, quasi ein magisches Dreieck, wie es aus der Volkswirtschaftslehre bekannt sei. Es werde sehr schwierig sein, diese Ziele gleichermaßen zu erreichen.

Die FDP/DVP-Fraktion bekenne sich zu den Klimazielen von Paris. Diesbezüglich müssten dringend Maßnahmen ergriffen werden. Allerdings müsse Europa auch aufpassen, dass gerade die wirtschaftlich schwächeren Länder in der Europäischen Union nicht abgehängt würden. Überdies wäre es wünschenswert, das Augenmerk verstärkt auch auf den Bereich CO<sub>2</sub>-Emissionshandel zu legen. Die Bedeutung dieser EU-Strategie insgesamt für die Länderebene halte er jedoch eher für fraglich.

Abg. Joachim Kößler CDU äußerte, es seien bereits Beispiele für konkrete Maßnahmen in Baden-Württemberg genannt worden. Für ihn sei aber die Frage entscheidend, ob Baden-Württemberg diesen Transformationsprozess auf andere Länder übertragen könne. Es reiche nicht aus, dass Deutschland und Teile Europas vorangingen. Vielmehr sollten auch andere Länder für das Vorhaben gewonnen werden, sodass eine gewisse Verbindlichkeit des Pariser Abkommens erzielt werde. Zwar könnten Deutschland und einige Länder voranmarschieren und auch beispielgebend sein, aber allein könnten sie die Klimaziele nicht erreichen. Es müsse also auch Anstrengungen geben, um andere davon zu überzeugen, die Ziele einzuhalten.

Im Übrigen wollte er wissen, ob die genannten 290 Milliarden € ausreichend seien oder ob noch zusätzliche Mittel erforderlich seien.

Ein Vertreter des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft führte aus, zwar sei es richtig, dass Baden-Württemberg die Welt nicht retten werde, doch leiste Baden-Württemberg einen wichtigen Beitrag. Den müsse Baden-Württemberg auch leisten. Deswegen werde in diesem Jahr das Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg, das 2013 fraktionsübergreifend erlassen worden sei, fortgeschrieben. Dazu solle ein Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept weiterentwickelt werden, in dem die einzelnen Maßnahmen geschildert seien.

Der Landtag habe auch insbesondere darüber informiert werden sollen, dass Baden-Württemberg nicht sein eigenes Süppchen koche, sondern dass das Vorhaben im europäischen Gleichklang mit den anderen Nationalstaaten bzw. mit anderen Untergliederungen der Nationalstaaten umgesetzt werde. Wenn hier nicht alle an einem Strang zögen, werde es nicht gelingen, dieses hohe Ziel – Klimaneutralität in Europa bis 2050 – zu erreichen. Wie bereits angesprochen worden sei, sei der Anteil Europas am weltweiten Ausstoß von Klimagasen allerdings vergleichsweise gering.

Innerhalb Europas sei der Anteil der baden-württembergischen Wirtschaftskraft recht hoch. Daher sollten Baden-Württemberg und insgesamt industriestarke Nationen beim Klimaschutz auch vorausgehen. Dabei stelle sich die Frage, wie das bewerkstelligt werden könne, ohne dass die Wirtschaft dabei zugrunde gerichtet werde. Mit diesem Spannungsbogen müsse umgegangen werden. Seines Erachtens habe da die EU mit der Langfriststrategie, die jetzt zur Diskussion stehe, einen guten Stein ins Wasser geworfen. Baden-Württemberg sollte ihn aufgreifen und an der konkreten Umsetzung arbeiten.

Hinsichtlich der Investitionskosten stelle sich die Grundsatzfrage, was passiere, wenn die Ziele nicht umgesetzt würden bzw. wer dann für die Klimaschäden usw. aufkomme. Das müsse immer gegengerechnet werden.

Vorsitzender Willi Stächele merkte an, ein strategischer Baustein des Kommissionsvorschlags sei die CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung.

Der Vertreter des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft erläuterte, die deutschen Länder – auch Baden-Württemberg – stünden der Speicherung von CO<sub>2</sub> sehr kritisch und zurückhaltend gegenüber. Gleichwohl werde in den

nächsten Jahren sorgfältig beobachtet werden müssen, was sich in diesem Bereich wie entwickle. Da werde es möglicherweise noch zu einer Meinungsänderung kommen. In manchen Branchen, beispielsweise in der Zementindustrie, fielen produktionsbedingt CO<sub>2</sub>-Emissionen an. Das habe nichts mit dem Energieverbrauch zu tun. Da müsse überlegt werden, wie damit umgegangen werde.

Ohne Widerspruch beschloss der Ausschuss für Europa und Internationales folgende Stellungnahme:

*Der Landtag nimmt von der Mitteilung Drucksache 16/5597 Kenntnis.*

11. 03. 2019

Karrais